

micha.links

„Und sie werden ihre Schwerter umschmieden zu Pflugscharen und ihre Speere zu Winzermessern. Kein Volk wird mehr gegen das andere das Schwert erheben, und sie werden den Krieg nicht mehr erlernen.“ (Micha 4,3)

Thema: Internationale Solidarität

BEITRÄGE

Editorial		2
Martin F. Herndlhofer	Sagbares und Unsägliches rund um Solidarität	3
Julia Lis	Solidarität – moralisch oder politisch verstehen?	5
Hartmut Futterlieb	„Autoritäre Staaten“: ein Systemwechsel neuer Art?	8
Hartmut Futterlieb	Zivilgesellschaft unter Druck?	11
Heribert Böttcher:	Postkolonialismus und Antisemitismus in der Krise des Kapitalismus	13
Martin F. Herndlhofer	Guatemala - der lange „Ritorno“	16
Martin F. Herndlhofer	Abschiebung und Rückkehr	20

REZENSIONEN

Anna Ott, Kultursteuern statt Kirchensteuer (Franz Segbers)	22
Leo N. Tolstoi: Begegnung mit dem Judentum	23
Ulrich Duchrow, Gerechtigkeit, Frieden, (Über)Leben.(F.Segbers)	24
Dominic Kloos, Gesellschaftskritik und Theologie	25

IMPRESSUM



Editorial

Eigentlich klingt der Titel „Internationale Solidarität“ irgendwie altbacken und sehr breit angelegt. Zwar fähig, sich auszudehnen, klingt es doch nach der Art „alles oder nichts“. Ein Spruch, ja ein Schrei, wie aus dem 19. Jahrhundert? Oder ein Nachklang der alten Demoschreie: „Hoch die internationale Solidarität!“. Wo ich mich angesichts der Bedeutung des Satzes bei dieser Schreierei strammer Irgendwie-Linker, nicht selten aus gutem Hause, der oft eher wie ein gebrülltes Bekenntnis daherkommt, immer etwas unwohl fühle. Es klingt zugleich als Kampfesgeschrei und als Selbstdarstellung.

Aber dann gibt es den wunderbaren Satz: „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker.“ Er wird, laut Wikipedia, meist fehlerhaft Che Guevara zugeschrieben, die eigentliche Autorin ist jedoch die nicaraguanische Schriftstellerin Gioconda Belli.

Der Satz, wenn man ihn nicht psychologisierend eng versteht, trifft es ganz. Aber man kann ihn nicht brüllen.

Solidarität als Ausdruck von etwas Getrennt-Gemeinsamen enthält ja zwei Seiten. Sie heißt dann einerseits: „*Wir steh'n auf e i n e r Seite*“ - eine Sache des Standpunkts und der Parteilichkeit. Oder auch: „*Wir stehen an e u r e r Seite*“ - ein praktisches Versprechen aus dem Kampf um Emanzipation und Befreiung.

Martin F. Herndlhofer



Sagbares und Unsägliches rund um Solidarität

Martin F. Herndlhofer

Beginnen wir mit der Gegenseite, was ist eigentlich das Gegenteil davon, der Kontrapunkt, wie ist es also, wenn uns Solidarität, gar die internationale, in Zeiten des Krieges, des kriselnden Kapitalismus und zerfallender Staaten und Rechtsordnungen abgeht, nicht stattfindet? Wo und wie genau befinden wir uns zur Zeit in dieser krisenhaften Gemengelage, wenn wir eine Ortsbesichtigung der Gegenwart vornehmen, unseren Aufenthaltsort kritisch beleuchten, mit der Frage, wo sich die Wege in eine überlebenswerte und -fähige Zukunft finden? Und wer souffliert und baut die ganze Zeit die Abwege? Und wenn wir uns dabei die verschiedenen Felder, sehr oft auch Schlachtfelder, auch an den Börsen, präsent machen, auf denen so was wie Solidarität keine Chance hat, und auf denen und für die hierzulande mit kriegstüchtiger Verve gerüstet wird, so schnell und geschichtsvergessen, dass einem vor Staunen die Luft wegbleibt. Wo bei der Frage, wie wir uns denn in dieser Lage gegen die wirklichen Gefahren, die jeder, der noch bei Sinnen ist, genau sehen kann, tatsächlich wehren können: die vergifteten, ausgetrockneten, überfluteten und durch zerstörte Biodiversität bedrohten Lebensräume? Und wie viel Zeit wir noch haben? Wo uns doch offensichtlich der hoch-gepuschte Rüstungswahn - für die Lösung dessen, was wirklich ansteht, völlig ungeeignet, für leistungsfreie Aktionäre in Sachen Kriegswaffen allerdings recht einträglich - uns ganz einfach ablenken soll. Mit der altbekannten, und erneut aufgewärmten Gefahr durch den „Russen“, und da gar noch „durch den Putin“. Wie der das bloß macht? Weil wir doch – an jeder fundierten politischen Analyse vorbei und aufgeheizt durch schwarz-weiß getönte Kriegsberichte - uns unbedingt darauf beschränken sollen, in alter moralisierender und personalisierender Manier einen, und zwar den

richtigen, Bösen zu erkennen und zu bekennen. Um gekonnt eigene frühere und auch weiter zu befürchtende Fehler und Interessen auszublenden, und damit Einsichten und Erfahrungen, die – rational behandelt – einer friedlichen Konfliktlösung dienen könnten.

Zurück zu diesen Zeilen: Was ist sprachlich eigentlich alles erlaubt, bei dieser Einführung zu *micha.links*? „Erlaubt“ - diese Vokabel aus der Welt der Untertanen. „Ja darf man denn das?“. Und das auch noch in einer linken Publikation, und dann auch noch irgendwie christlich durchwoben? Etwa gar Humor, Satire, Zorn nehmen, als Mittel, sich auch im Zorn gegen eine verdrehte Wirklichkeit zu wehren? Wo doch manche behaupten, dass sich in der Linken nur selten Humor findet, bei frommen Christen schon gar nicht. Es sei denn auf betende Weise, aber geht das überhaupt?

Andererseits – als Linke und Christen, wie es nachher Julia Lis beschreibt, befinden wir uns ganz einfach mit im Kampf, im Klassenkampf, bei dem von denen, die ihn auf der Gegenseite an vorderster Front führen und das auch noch geschäftsmäßig, ausreichend zynisch und gewinnbringend, behauptet wird, so was gäbe es

”

Und wie viel Zeit wir noch haben? Wo uns doch offensichtlich der hoch-gepuschte Rüstungswahn - für die Lösung dessen, was wirklich ansteht, völlig ungeeignet, für leistungsfreie Aktionäre in Sachen Kriegswaffen allerdings recht einträglich - uns ganz einfach ablenken soll.

ja nicht mehr, das sei vorbei, oder bloß linke Ideologie, werde ja immer unten angezettelt und immer von unten gegen oben.

Nicht wenige Linke und Christen und linke Christen wiederum sehen es so, dass unter diesen Umständen alles Mögliche „erlaubt“ sei, bloß nicht Humor, Satire, harte Antworten, das, was sich lächerlich gebärdet, auch so zu nennen. Vielmehr nur mit streng wissenschaftlich gefütterten Argumenten die Auseinandersetzung führen, einfach seriös bleiben!

Frage: Sollen wir unsere Gegner wirklich so ernst nehmen, wie sie es gerne hätten, uns von denen, die mit nicht zarten Bandagen Krieg führen, und „bild-“ und „vox“-mäßig mit Lügen zumüllen, auch noch die Art unserer Gegnerschaft vorschreiben lassen? Sind wir bekloppt? Sollten wir nicht eher zurückschlagen, und wenn ja – wie? Ohne uns allerdings auf ihren Qualitätslevel herabzugeben?

Sehen wir uns doch die tonangebenden Herrschaftsfiguren weltgrößter Reichster oder politisch weltweit Mächtigster bei unseren sogenannten amerikanischen Freunden an. Ständig irgendwie medial erleuchtet, hopst der eine herum wie Rumpelstilzchen („ach wie gut, dass jeder weiß, dass ich...“), mit großer Wollust alles zertrümmernd, was sozial und damit im Horizont von Milliardären nicht kompatibel ist. Er hinterlässt dabei einen ganz klaren Abdruck von dem, was „asozial“ nun wirklich bedeutet. Der andere, mit lächerlich-allwissender, aufgeblasen-gefährlicher Unfehlbarkeit gesegnet, zu jeder Erpressung bereit, offen umgeben von minimal kompetenten Schattenfiguren, meist männlich-weiß, natürlich. Er präsentiert der Welt, wenn er halt so vor sich hin repräsentiert, hinter jeder präsidentalen Äußerung, die eben von einem höherem Geist inspiriert zu sein scheint und dann auf ein Blatt Papier floss, eine Signatur, recht bedeutungsvoll, zick-zack nach oben und dann nach unten, die, so wie sie gezeichnet ist, an einen möglichst hoch ragenden Zaun erinnert, ein Bild der Abgrenzung, der aussieht wie die Bretter

eines Gartenzauns, irgendwie an das Gedicht von Christian Morgenstern erinnernd: „Es war einmal ein Lattenzaun, mit Zwischenraum, hindurchzuschauen,“ an dessen Schluss es dann heißt: „Der Zaun indessen stand ganz dumm mit Latten ohne was herum.“

Und man stelle sich das Oval Office vor ohne die brav herumhockenden, ständig devot vor sich hin nickenden einbestellten, internen oder externen Zaungäste, „ein Anblick grässlich und gemein“, so Morgenstern weiter, und dann der hoffnungsvolle Satz: „Drum zog ihn der Senat auch ein.“

Wird er aber nicht so schnell machen, der Senat. Das verhindern die Gegebenheiten. Die demokratisch genannt werden. Wegen der Mehrheiten. Gegen alles, was Minderheit, wenn nicht gar minderwertig ist, nicht tauglich für einen Deal. Also woke und geschäftsschädigend. Und das unter dem Verdacht steht, es berge gar so etwas wie Vernunft, radikal, also verwurzelt, vielleicht auch noch pragmatisch.

Und schließlich erinnern wir uns dann an die programmatische Äußerung von Angela Merkel von der „marktkonformen Demokratie“. Wo der Sinn der Geschichte sich endlich erfüllt zu haben scheint.

Doch „die Wirtschaft“ ist nicht demokratisch legitimiert. Sonst wäre sie ja sozialistisch.

Solidarität - moralisch oder politisch verstehen?

Von Julia Lis

Wer heute von Solidarität in einem linken Kontext sprechen möchte, darf nicht aus dem Blick verlieren, dass der Solidaritätsbegriff immer auch in der Gefahr steht, vereinnahmt zu werden. Von Solidarität zu sprechen, qualifiziert eine konkrete Aussage noch lange nicht als links oder emanzipatorisch. Vielmehr gilt es genau hinzuschauen, was damit in einem bestimmten Kontext gemeint ist.

So haben bereits die Nationalsozialisten einen „Tag der nationalen Solidarität“ ausgerufen, bei dem für das „Winterhilfswerk des Deutschen Volkes“ Geld gesammelt werden sollte. Die Begrifflichkeit war dabei bewusst gewählt: Joseph Goebbels erhoffte sich so, ein linkes Bewusstsein von internationaler Solidarität, wie es zentral für die ArbeiterInnenklasse gewesen war, durch Vorstellungen von Nation und Volksgemeinschaft zu verdrängen.

Neben der nationalen gibt es aber auch eine neoliberale Vereinnahmung des Solidaritätsbegriffs. Spätestens seit dem Schröder-Blair Papier ist damit dieser Begriff an den der Eigenverantwortung gekoppelt worden. Solidarität meint darin eine Rücksichtnahme auf die Erfordernisse und strukturellen Zwänge einer kapitalistischen Gesellschaft durch den Einzelnen, der nicht mehr fordern, sondern leisten sollte. Der Begriff der Solidarität wird hier also so umgedeutet, dass es letztlich vor allem auch die gesellschaftlich Benachteiligten sind, die aus Solidarität mit der Gesamtgesellschaft dieser nicht zur Last fallen sollten.

Wenn wir uns dem Solidaritätsbegriff in einer emanzipatorischen Weise annähern wollen, könnte vielleicht folgende Übersetzung hilfreich sein, von dem was es bedeutet, wenn ich sage, dass ich mit einem Anderen solidarisch bin: „Was ihn/sie angeht, geht auch mich an, was ihn/sie betrifft, betrifft auch mich. Ich stehe für ihn/sie

ein.“ Eine so verstandene Solidarität konstituiert etwas Gemeinsames, jenseits aller Differenz, ohne diese zu negieren. Dieses Gemeinsame hat seinen letzten Grund im geteilten Mensch-Sein. Es wird somit die fundamentale Gleichheit aller Menschen postuliert.

Aus dieser Gleichheit entspringt der Gedanke, unbedingt füreinander einzustehen und von der Betroffenheit des Anderen sich selbst betreffen zu lassen.

Dieser Gedanke hat dabei eine ethische und eine politische Dimension, die in der Praxis oft miteinander verbunden sind, analytisch aber auch getrennt betrachtet werden können.

Die ethische Dimension verweist auf den Anspruch allgemeiner Humanität und auf daraus ableitbarer Rechte und Ansprüche. Die politische Dimension setzt bei den gemeinsamen Interessen und Zielen an. Eine Schwierigkeit besteht dabei darin, dass solche gemeinsamen Interessen und Ziele meist nicht unmittelbar gegeben sind, sondern erst hergestellt werden müssen, auch durch eine Arbeit daran, wie sie zu formulieren und auf den Begriff zu bringen sind. Somit sind sie aber eben keine starren Kategorien, die schon immer gegeben sind, sondern Begriffe, die vielfach erst in und aus einer solidarischen Praxis entstehen können.

Solidarität bezieht sich dann politisch nicht auf feststehende Identitäten, sondern auf etwas Gemeinsames, was jenseits dieser Identitäten aufscheint, weil es mit dem Gegebenen eben gerade nicht identisch ist. Für dieses nicht Gegebene gibt es in den verschiedenen linken Traditionsströmungen unterschiedliche Begriffe wie Kommunismus, Anarchie, Befreiung oder Emanzipation, in einer befreiungstheologischen Tradition sprechen wir hier auch vom Reich Gottes. Diese Begriffe haben nicht alle dieselbe Bedeutung, ihnen ist aber gemeinsam, dass sie sich alle auf einen Zustand beziehen, der nicht da ist, sondern kommen soll und der durch die eigene Praxis vorbereitet und mitgestaltet wird.

Historisch ist der Begriff der Solidarität stark mit der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung

verbunden und in ihr verortet. Das Selbstverständnis dieser Bewegung war seit Karl Marx davon geprägt, dass die Identität der ArbeiterInnen zwar eine partikulare ist, sie aber gerade durch die historische Rolle der ArbeiterInnenklasse universalisierbar wird: Mit dieser hat der Kapitalismus nicht nur die vom Kapital ausgebeutete Klasse geschaffen, sondern auch jene, die fähig ist, ihn zu überwinden. Indem die ArbeiterInnenklasse sich selbst befreit, befreit sie die ganze Menschheit.

Dies ließe sich auch auf ein Selbstverständnis der Frauenbewegung übertragen: Indem die Frauen durch ihr Frau-Sein an die Reproduktionsarbeit gebunden sind, auf die der Kapitalismus für sein Bestehen angewiesen ist, ist ihr Kampf um Befreiung einer, der das kapitalistische System und dessen Unterdrückungsstrukturen gefährdet. Frauensolidarität hat damit nicht mehr die Befreiung einer partikularen Gruppe zum Ziel, sondern die Überwindung von Kapitalismus und Patriarchat und damit für alle Menschen und Geschlechter die Aufhebung der Unterdrückungsstruktur. Die Identitätskategorien, auf die sich die Solidarität also zunächst stützt, sollen nicht festgeschrieben, sondern überwunden werden.

Solidarität gerät so nicht zu einer moralischen Kategorie, sondern wird zum Kampfbegriff, der auf gemeinsamen politischen Zielen und Überzeugungen gründet. Im Sinne dieser Gemeinsamkeit ist sie auf Gegenseitigkeit und damit auf eine fundamentale Gleichheit jener Menschen angewiesen, die untereinander solidarisch sind. Es geht darum, sich gegenseitig zu befähigen, einander zu befreien, weil wir uns eben auf uns selbst gestellt nicht allein befreien können und deshalb auf die Solidarität der Anderen angewiesen sind so wie sie auf unsere Solidarität: „Keine ist frei, wenn nicht alle befreit sind“.

Politische Solidarität, die Entscheidung ein Leben zu führen, für das politisches Engagement eine zentrale Rolle spielt, hat also auch eine ethisch-subjektive Komponente. Es setzt die subjektive Überzeugung voraus, das eigene Leben sei (erst)

dann gutes Leben, wenn es dazu beiträgt, dass alle gut leben können.

Das aber ist etwas ganz anderes als Moral, die sich dadurch kennzeichnet, den skeptischen Blick auf das Verhalten des Einzelnen zu richten. Das „richtige“, als moralisch korrekt empfundene Verhalten, wird dann als solidarisch verstanden werden, moralisch verwerfliches Verhalten als unsolidarisch. Problematisch ist dabei, dass mit der Moralisierung eine Individualisierung einhergeht, die Solidarität zur moralischen Haltung der Einzelnen macht. Damit aber droht die politische Frage danach, wie Solidarität denn überhaupt herstellbar ist, hinter der moralischen Anrufung an die Einzelnen doch solidarisch zu sein zu verschwinden.

”

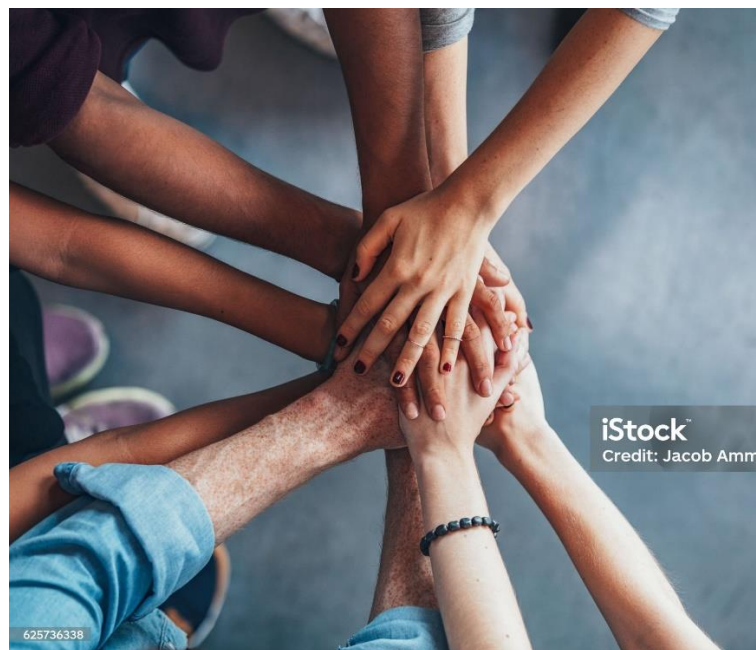
Politische Solidarität, die Entscheidung ein Leben zu führen, für das politisches Engagement eine zentrale Rolle spielt, hat also auch eine ethisch-subjektive Komponente. Es setzt die subjektive Überzeugung voraus, das eigene Leben sei (erst) dann gutes Leben, wenn es dazu beiträgt, dass alle gut leben können.

Die Solidarität der Unterdrückten muss anderes und mehr sein als eine Politisierung des Ressentiments gegen die Herrschenden und Mächtigen, um aus dieser Falle des Abgleitens in die Moralisierung herauszukommen. Es geht nicht um die Identifikation von gut und böse und nicht um Freund-Feind-Schemata, die auf jede beliebige Situation anwendbar sind. Es geht vielmehr darum, analytisch wie praktisch die Struktur der Unterdrückung offenzulegen und ein gemeinsames Interesse an ihrer Überwindung zu

entdecken, das aber gerade mehr ist als geteiltes Ressentiment. Eine solche Fixierung aufs Ressentiment droht aber, wenn der Privilegiendiskurs in den Fokus rückt. Die Positionierung entlang der eigenen Privilegien kann nämlich zu einer identitären Festschreibung auf das führen, was wir jeweils sind und was unsere Möglichkeiten des Gemeinsamen und Solidarischen begrenzt, anstatt auf das, was sie überwindet.

Aus der Empathie gegenüber den Menschen, die überall auf der Welt leiden, lassen sich nicht immer unmittelbare Konsequenzen ableiten. Vielmehr bedarf es der politischen und theoretischen Vermittlung, um besser zu verstehen, welche Formen der Solidarität mit wem gerade möglich sind und diese auch in einen weiteren politischen Kontext einzuordnen.

Einer Moralisierung des Solidaritätsbegriffes entgegenzutreten, bedeutet nicht, das subjektive Moment von Politik zu negieren, das auch für eine internationalistische Politik von Bedeutung ist: Wir sind auch deshalb mit anderen Kämpfen solidarisch, weil sie uns emotional berühren und das ist nicht schlecht, sondern gut. Es bleibt aber dennoch wichtig eine Reflexion dieser subjektiven Entscheidungen vorzunehmen, die nicht moralisch ist, sich also nicht einfach damit begnügt, dass die jeweilige Gruppe, mit der man solidarisch sei, doch viel diskriminierter und unterdrückter sei als man selbst. Vielmehr muss es darum gehen, das Moment der Reflexion darüber hinaus weiterzutreiben und zu fragen: Was finden wir eigentlich vorwärtsweisend oder emanzipatorisch an diesen Kämpfen? Was davon lässt sich in unserer unterschiedlichen Situation aufgreifen oder auch nicht? Wieso glauben wir, dass gerade diese Kämpfe an den Hebelpunkten ansetzen, die den globalen Kapitalismus angreifen? Was wären solche Hebelpunkte bei uns? Was ist das politisch Gemeinsame? Wie bringen gerade diese Kämpfe die Befreiung aller Menschen voran?



„Autoritäre Staaten“: ein Systemwechsel neuer Art?

Hartmut Futterlieb

Ein Merkmal autoritärer Staaten ist die Unterdrückung der kritischen Öffentlichkeit, d.h. der Medien sowie der kritischen politischen zivilgesellschaftlichen Akteure. Stattdessen werden sie gerne durch eine staatskonforme Variante ersetzt, z.B. staatliche Jugendorganisationen.

Es gibt allerdings auch Teile der Zivilgesellschaft, die das Prinzip der Gewaltfreiheit, das Prinzip von Offenheit der Transparenz und Toleranz nicht teilen. Sie können zur „dunklen“ Seite der Zivilgesellschaft zählen, die zumeist demokratiefeindlich eingestellt ist, jedenfalls einen sinnvollen Demokratisierungsprozess behindern. Neben dem Druck von oben sind es auch Kräfte der Zivilgesellschaft selbst, die autoritäre Positionen stärken, Gewalt gegen fantasierte Volksfeinde ausüben und eigene Ohnmachts- oder Frustvorstellungen gegenüber schwächeren Gruppen auslassen.

Die Demokratie ist ja keine fertige Institution, es ist ein Prozess, der konstruktive Kritik, Debatte und möglicherweise auch Streit auf Augenhöhe braucht. Ziel kann nicht die Spaltung der Gesellschaft, sondern die Verantwortung für das Gemeinwesen sein.

Bildung

Grundlegend dafür ist eine umfassende Bildung. Damit ist nicht die Ansammlung von Wissen gemeint, sondern ein Lernen durch Erfahrung, und zwar vom Kindergarten an. Der amerikanische Pädagoge „John Dewey entwickelt in ‚Democracy and Education‘ bereits 1915 Vorschläge des schulischen Lernens über direkte Lernerfahrungen. ‚Eine solche [demokratische] Gesellschaft braucht eine Form der Erziehung, die in den einzelnen ein persönliches Interesse an sozialen Beziehungen und am Einfluss der Gruppen weckt und diejenigen geistigen Gewohnungen schafft, die soziale

Umgestaltungen sichern, ohne Unordnung herbeizuführen‘.

Eine demokratisch aktive Zivilgesellschaft braucht lebenslange Erfahrung, die nicht früh genug beginnen kann. Wenn allerdings Schulen und Universitäten hauptsächlich auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichtet werden, werden wesentliche Erfahrungen nicht gemacht, die für Aktivitäten in der Zivilgesellschaft nötig sind.



Dazu gibt es weitere Hindernisse, die die Möglichkeiten, solche Erfahrungen zu machen, immer wieder zurückdrängen. Zu beobachten ist eine zunehmende Vereinzelung, die durch den exzessiven Gebrauch der sozialen Medien unterstützt wird. Es schwinden die öffentlichen Räume, in denen politische Erfahrungen in der demokratisch organisierten Zivilgesellschaft wirksam werden können.

Die Kluft zwischen den Akteuren in der Politik und den Akteuren in der Zivilgesellschaft hat sich vergrößert. In autoritären Ländern werden zivilgesellschaftliche Gruppierungen als „ausländische Agenten“ diskriminiert und verboten, so dass die notwendige Kontrolle der Zivilgesellschaft gegenüber den politischen Akteuren ganz und gar zum Erliegen kommt wie z.B. in Russland, Saudi-Arabien, China oder auch Nicaragua. In den USA geschieht die Diskriminierung über die Spaltung der

Gesellschaft, indem die herrschenden Medien einen Kulturkampf entfachen, der jede Kritik an der Regierung als „woke“, „unpatriotisch“, „sozialistisch/kommunistisch“ brandmarkt.

Aus Bibliotheken werden Bücher entfernt, eine kritische Auseinandersetzung mit der amerikanischen Geschichte wird in eine patriotische umgeschrieben, wie die Ereignisse um das Kennedy-Center in Washington zeigen. Dieser „Kulturkampf“ beginnt auch in Deutschland dort, wo die AfD Machtpositionen in den Parlamenten errungen hat. Über Anfragen und Anträge wird versucht, Theateraufführungen zu verhindern und kritischen Gruppen der Zivilgesellschaft Gelder zu entziehen. Dieses Vorgehen wird nicht nur von der AfD praktiziert, wie das Beispiel der Klimaaktivistin Lisa Poettinger zeigt, die in Bayern wegen ihrer Aktivitäten z.B. bei „Extinction Rebellion“ nicht zum Schuldienst zugelassen werden soll. Sie hat die Internationale Automobilausstellung IAA als „Symbol der Profitmaximierung „bezeichnet. Das sei ein kommunistischer Begriff.

”

Wer sein Feindbild in den Schwächeren oder in einzelnen Gruppen der Gesellschaft gefunden hat, kann diese „gruppenbezogene Unmenschlichkeit“ auch im sozialdarwinistischen Sinn politisch ausleben. So wird die Zivilgesellschaft gespalten.

„Wir wollen weder Kommunisten noch Nazis an unseren Schulen“ sagt der Chef der bayerischen Staatskanzlei. Dahinter steht ein elitäres Demokratieverständnis, das die demokratischen Entscheidungen auf die gewählten Parteien beschränkt und jede Kontrolle von außen verhindern will. Eine scharfe Kritik am

Kapitalismus gilt schon als verdächtig. Die Klassenstruktur des Kapitalismus bildet sich auch in den Parlamenten ab. Im Senat und im Repräsentantenhaus der USA sitzen fast nur Millionäre bzw. Milliardäre. In Deutschland gibt es im Bundestag kaum noch Abgeordnete aus der Arbeiterklasse.

Entfremdung, Ohnmacht und Kontrollverlust

So erscheint die „politische Klasse“ ihren eigenen Wählern entfremdet. Und das Verständnis des Staates als Institution, die von der ‚Wirtschaft‘ getrennt ist, verschleiert, wie die Ausübung staatlicher Macht durch einen Prozess gesellschaftlicher Aushandlung bestimmt wird, bei der das Kapital dominiert.“ (Grace Blakeley, Die Geburt der Freiheit aus dem Geist des Sozialismus. Wie das Kapital die Demokratie zerstört, S. 35). Zwar haben in Deutschland die Gewerkschaften die Aufgabe, die Rechte der Arbeitnehmer zu vertreten, aber ihre Macht ist beschränkt und es besteht die Tendenz, sie aus den Betrieben zu verdrängen (vgl. Tesla und Amazon).

Aus dieser Entfremdung entsteht ein Gefühl der Ohnmacht, d.h. einer Erfahrung, selbst durch Wahlen nicht mehr an Entscheidungen über das eigene Leben beteiligt zu sein. Individualistisch bin ich auf mich allein gestellt und habe alles, was mich betrifft, selbst zu verantworten, selbst wenn ich arbeitslos oder krank werde. Ich habe keine Kontrolle mehr über die Planung meines Lebens. Zugleich werde ich abgelenkt, indem mir eine Fülle von Waren angeboten wird, aus denen ich auswählen darf,

Der Verlust an Realitätswahrnehmung der herrschenden Klasse und die Zunahme von Ohnmachtsvorstellungen bzw. manipulierten Erregungspotentialen zeigt sich in der Diskussion um das Bürgergeld und eine Besteuerung des Reichtums.

Zur Entfremdung und Erzeugung von Ohnmacht gehört die Verschleierung der Klassenverhältnisse und die manipulative Spaltung der Zivilgesellschaft, die über die „große Gereiztheit“ (Bernhard Pörksen) in den

sog. Sozialen Medien noch verstärkt wird. Schuld wird den Schwachen der Zivilgesellschaft zugeschoben, den Arbeitslosen, den Flüchtlingen. Wer sein Feindbild in den Schwächeren oder in einzelnen Gruppen der Gesellschaft gefunden hat, kann diese „gruppenbezogene Unmenschlichkeit“ auch im sozialdarwinistischen Sinn politisch ausleben. So wird die Zivilgesellschaft gespalten. Sie ist nicht mehr Teil einer gemeinwesenorientierten, gewaltfreien, empathischen kritischen Öffentlichkeit, sondern Instrument einer menschenverachtenden Politik. In den USA sehen wir, wie durch die Macht einer kapitalorientierten Politik, die sich aller Instrumente des Staates bedient, die Zivilgesellschaft gelähmt wird. Der Kulturwissenschaftler Joseph Vogl beschreibt das als finanzmarktgetriebenen digitalen „Plattformkapitalismus“, der in den USA durch den Einsatz großer Geldsummen und durch seine Macht über die Algorithmen der Plattformen die Wahlen manipuliert (Einschränkung der Legislative) und mit der Exekutive zusammenarbeitet. Die Macht der großen Tech-Konzerne ist an demokratischen Prozessen nicht interessiert. Die Zivilgesellschaft wird zerschlagen. „Die privat-öffentlichen Allianzen im Zeichen finanzökonomischer Governance werden am Leitfaden der Informationsindustrie um die Produktion autoritärer Sozialstrukturen ergänzt.“ Die Feindseligkeit aller gegen alle werde zum Geschäftsmodell. (Joseph Vogl, Kapital und Ressentiment. Eine kurze Theorie der Gegenwart, München, 3. Aufl. 2021, S. 182).

Zivilgesellschaft unter Druck?

Hartmut Futterlieb

Geopolitisch betrachtet nimmt die Zahl autoritär geführter Staaten zu, in denen die Zivilgesellschaft massiv unterdrückt wird. Das hat Auswirkungen auf demokratisch organisierte Gesellschaften. Dabei geht es nicht nur um die politische Einflussnahme auf die Judikative, den Umbau der Legislative, d. h. der Parlamente zu Instrumenten der Mächtigen und die Privilegierung der Exekutive, sondern auch um die immer stärkere Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten der politisch aktiven Zivilgesellschaft. Dazu zählen viele Vereine, Bewegungen, Aktionsbündnisse und andere Akteure. Sie vertreten einzelne Aspekte des politischen Handelns, sind insgesamt dem Gemeinwohl verpflichtet und vertreten im Gegensatz zur formalen politischen Gewalt (Polizei / Militär/ Behörde) die Vorstellungen einer prinzipiellen Gewaltfreiheit. Ihre wesentliche Aufgabe ist es, ein kritisches Korrektiv zur Machtgestaltung politischer Parteien sowie der Exekutivgewalt der staatlichen Organe zu bilden. Für den Demokratisierungsprozess einer Gesellschaft ist die Zivilgesellschaft nach Habermas unerlässlich.

Mir scheint, dass in Europa die zivilgesellschaftlichen Akteure, Bewegungen, Kräfte immer noch handlungsfähig sind, obgleich es auch hier Anstrengungen gibt, sie in ihren Bemühungen für ein demokratisches Gemeinwesen zu arbeiten, zu behindern. Das ist möglich, weil sie oft partikularistisch auftreten. Manchmal sind sie zu sehr auf ihren Themenbereich beschränkt, so dass sie die gemeinsame Verantwortung für das Gemeinwesen aus dem Auge verlieren. In einem Interview beklagt z.B. die Klimaaktivistin Magdalena Hess von Fridays for Future: „Was mich aber wirklich irritiert: Innerhalb der gesamten Linken hat Klimaschutz stark an Bedeutung verloren. Es gab eine Phase, in der ökologische Themen präsent waren. Heute hat

sich ein Diskurs durchgesetzt, in dem man über soziale Gerechtigkeit redet, aber das Klima ausblendet – als könnte man eine gerechte Welt versprechen, ohne Klimaschutz ernst zu nehmen“.

”

Das mich aber wirklich irritiert: Innerhalb der gesamten Linken hat Klimaschutz stark an Bedeutung verloren. Es gab eine Phase, in der ökologische Themen präsent waren. Heute hat sich ein Diskurs durchgesetzt, in dem man über soziale Gerechtigkeit redet, aber das Klima ausblendet – als könnte man eine gerechte Welt versprechen, ohne Klimaschutz

Das bedeutet, dass sich die Akteure der Zivilgesellschaft viel stärker vernetzen sollten (wie dies auf der „dunklen Seite der Zivilgesellschaft“ ja schon geschieht). Die Themen „soziale Gerechtigkeit“, „Kapitalismuskritik“, „Klimaschutz“, „Sichtbarmachen von Carearbeit“, „Geschlechtergerechtigkeit“, „Flüchtlingsarbeit“ usw. Alle diese Themen hängen zusammen, weil sie der Macht eines finanzmarktgesteuerten Kapitalismus gegenüberstehen, zu dem eine Gegenmacht entwickelt werden soll. Reichtum und autoritäre Macht stützen sich im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus gegenseitig (Das ist unter Trump in den USA sehr deutlich zu erkennen und an Personen festzumachen). Dagegen hilft nur Solidarität (christlich: ‚Nächsten- und Feindesliebe‘), die von unten entwickelt wird.

Aufgabe der zivilgesellschaftlichen Akteure ist die

Weiterentwicklung der Demokratie. „Die repräsentative Demokratie ist nicht nur ein politisches System“ schreibt Paula Macedo Weiß (FR 23.07.2025, S. 18 Feuilleton), „und das Wahlrecht kann nicht der Gipfel der politischen Praxis sein. Demokratie findet überall und zu jeder Zeit statt und muss auf mehrdimensionale Weise im täglichen Leben der Menschen verwirklicht werden. Nur dann werden sie, in den Worten Hanna Ahrendts, öffentliches Glück erfahren, das Glück, ein integrativer und aktiver Teil einer Gesellschaft zu sein.“

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, braucht es öffentliche Räume, in denen sich Menschen auch offline treffen können. Dazu gehört z.B. der Ausbau von Volkshochschulen, Bibliotheken, Jugendzentren, Kultureinrichtungen. Dazu gehören aber auch Konzepte, Menschen aus ihrer Vereinzelung, aus ihren „Blasen“ herauszuholen. Begegnungsorte sind notwendig, damit bei den Menschen, die sie nutzen, durch den persönlichen Kontakt ein Vertrauensverhältnis entsteht, das grundlegend für die Entwicklung demokratischer Prozesse ist. Ein zugrunde liegendes Vertrauen ermöglicht auch den notwendigen konstruktiven Streit, der eine sinnvolle Auseinandersetzung unter verschiedenen Gruppen ermöglicht, die unterschiedliche Interessen verfolgen, aber ein gemeinsames Ziel haben: Gemeinwesenarbeit. Wenn wir gemeinsam anerkennen, das Deutschland ein Einwanderungsland ist, dann ist es an der Zeit, in der Zivilgesellschaft zu überlegen, wie das demokratisch zu organisieren ist. Wie gehen wir mit den verschiedenen „communities“ um, z.B. der türkischen, der kurdischen, der eriträischen, der syrisch-arabischen, der russlanddeutschen. Es werden verschiedene Sprachen gesprochen, es gibt kulturelle Eigenheiten. Gibt es eine politische Partizipation der Gruppen? Welche Probleme ergeben sich daraus für eine Einwanderungsgesellschaft und wie sind diese zu lösen? Wie können die verschiedenen Gruppen so vernetzt werden, dass „Gemeinsinn“ entsteht? Das wäre eine aktive Form von Migrationspolitik.

Auch das wäre eine gemeinsame Aufgabe von Akteuren der Zivilgesellschaft.

Postkolonialismus und Antisemitismus in der Krise des Kapitalismus

Herbert Böttcher

Postkolonialer Antisemitismus

Seit dem Massaker der Hamas vom 7. Oktober und Israels Verteidigung gegen die angedrohte und mit dem Massaker ins Werk gesetzte Vernichtung ergießen sich Wellen der Kritik über Israel. Oft sind sie mit antisemitischem Hass amalgamiert, der sich gegen Israel als ‚dem Juden‘ unter den Staaten richtet. Protest gegen Israel artikuliert sich nicht zuletzt in postkolonialen Zusammenhängen. Ihre Orte haben sie im Wissenschaftsbetrieb, in dem postkoloniale Theorie eine wichtige Rolle spielt, in der Kulturszene, die auf Diversität setzt, wie auch in sozialen Bewegungen, die an der Seite der Opfer von Ausgrenzung und Unterdrückung stehen wollen. Zu ihnen gehören wesentlich die Opfer kolonialer Unterwerfung. Auch nach der nationalen Selbstständigkeit ehemaliger Kolonien wirkt der Kolonialismus postkolonial weiter in rassistischer Diskriminierung, Abwertung und Ausgrenzung bis hin zu manifester Gewalt. Er geht einher mit der Weigerung moderner Gesellschaften, sich ihrer kolonialen Geschichte und den damit verbundenen Gräueltaten sowie strukturell gewordenen Herrschaftsverhältnissen zu stellen.

Angesichts des Massakers der Hamas haben postkoloniale Stimmen gefordert, das Massaker in der Geschichte des sog. Nahen Osten zu ‚kontextualisieren‘. Solche Kontextualisierung läuft darauf hinaus, Israel als eine westlich-weiße koloniale Macht der Unterdrückung zu identifizieren und in den Palästinenser*innen die Opfer westlich-weißer Herrschaft zu sehen. Entsprechend kann die Hamas dem Kampf um Befreiung von kolonialer Unterdrückung zugeordnet werden. Dann lässt sich das Massaker

vom 7. Oktober zwar halbherzig kritisieren. Entscheidend ist, dass die Hamas auf der richtigen Seite kämpft. Solche ‚Kontextualisierungen‘ kommen Bedürfnissen nach gesellschaftlicher Aufmerksamkeit und Übersichtlichkeit ebenso entgegen wie denen nach aktionistischer Handlungsfähigkeit, in der die erfahrene Ohnmacht angesichts der Verhältnisse widerlegt und die eigene Bedeutung erlebt werden kann.

Ihre ‚Kontextualisierung‘ überhöhend plädiert J. Butler „für wahre Freiheit und Gerechtigkeit“. Sie „wünscht sich eine Welt, die sich der Normalisierung der Kolonialherrschaft widersetzt und die Selbstbestimmung und Freiheit der Palästinenser unterstützt“¹. Jenseits aller Kontextualisierung lässt sich nun Gewalt ‚auf beiden Seiten‘ anprangern. So wird der gegen Israel gewendete Antisemitismus unsichtbar. Unterschiede, auf die ansonsten gepocht wird, verschwinden in diesem Zusammenhang: so die Tatsache, dass eine Seite nicht bereit ist, das Ziel der Vernichtung Israels aufzugeben. Im Gegenteil, dieses Ziel wird, wie der Terroranschlag vom 7. Oktober dokumentiert, aktiv verfolgt. Nirgendwo mehr auf der Welt – das war die in Videoaufnahmen zynisch dokumentierte Botschaft des 7. Oktober – sollen Juden sicher sein. Ebenso verschwindet, dass der Terror der Hamas sich auch gegen die palästinensische Zivilbevölkerung richtet. Teile werden als Schutzschilde für Kämpfer der Hamas benutzt. Lieferungen von Nahrungs- und Hilfsmitteln wurden gekapert und für die Hamas abgezweigt, ein neues Verteilungssystem boykottiert. Bei der Hamas geht es nicht um Gleichheit, schon gar nicht um sexuelle Gleichheit. Frauen und queere Personen, die sie praktizieren und/oder fordern, müssen mit dem Tod rechnen.

Kapitalismus, Kolonialismus und Antisemitismus

Kolonialismus gehört zur Geschichte des Kapitalismus. Mit der Eroberung Amerikas ist er

¹ Judith Butler, Über den Terror der Hamas und die Geschichte der Gewalt, in: der Freitag Nr. 42/2023.

mit seinen Anfängen verbunden. Dies thematisieren auch postkoloniale Theorien. Dennoch ist ihr Verständnis des Kapitalismus kritisch zu hinterfragen. Als Korrektur einer politisch-ökonomisch verengten Perspektive weiten sie zurecht den Blick auf kulturelle Zusammenhänge, denen rassistische Wahrnehmung und rassistisches Denken inhärent sind. Die notwendigen Korrekturen und Erweiterungen der Perspektive verbinden sich aber oft mit einer kulturalistischen Verlagerung des Diskurses und eine zu kurz greifenden Kritik kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse. Sie wird reduziert auf Klassenherrschaft und die Verfügung über Eigentum, statt auf gesellschaftliche Totalität auszugreifen und Kapitalismus als abstrakte Herrschaft zu begreifen, die Gesellschaften unter den Zwang der Vermehrung von Geld/Kapital um seiner selbst willen mit der Arbeit als Grundlage stellt.

**Israel kann verstanden werden
als Rettungsprojekt angesichts
des auf die Vernichtung aller
Juden zielenden
eliminatorischen Antisemitismus
und
zugleich als kapitalistischer
Staat, der wie andere
kapitalistische Staaten den
Prozessen ausgesetzt ist, die mit
dem Zerfall des Kapitalismus
einhergehen.**

Für das Verständnis des Antisemitismus in den Spuren von M. Horkheimer und T.W. Adorno ist der Bezug auf den Kapitalismus konstitutiv. Antisemitismus wird als projektive Verarbeitung der mit dem Kapitalismus einhergehenden Krisen verstanden. Wesentlich ist der Bezug auf gesellschaftliche Totalität, also auf das Ganze der

kapitalistischen Verhältnisse. In der kritischen Theorie wurden ‚das Ganze‘ durch den Bezug auf den Tausch der Waren bestimmt. Zur Konstitution gesellschaftlicher Totalität gehört aber wesentlich die Produktion von Waren für den Selbstzweck der Vermehrung von Kapital/Geld sowie die damit einhergehende Abspaltung der Reproduktion. Dieser Selbstzweck stößt mit dem durch die Konkurrenz vermittelten Zwang, Arbeit als Grundlage der Produktion von Wert und Mehrwert zu verdrängen, auf eine logische und mit der mikroelektronischen Revolution seit den 1980ern auch auf eine nicht mehr zu überwindende historische Schranke. Dies treibt den Kapitalismus in eine sich auf unterschiedlichen Ebenen verschärfende und immanent nicht mehr zu überwindende Krise. In ihren Zusammenhängen werden Menschen getötet, Leben vernichtet und die natürlichen Grundlagen des Lebens zerstört. Sie wäre als der Nährboden zu reflektieren, aus dem aktuell Antisemitismus als projektive Krisenreaktion samt der Fokussierung auf Israel erwächst.

Ein anderer Blick auf Kolonialismus und Antisemitismus

Kolonialer Rassismus und Antisemitismus müssen als zu unterscheidende Reaktionen auf kapitalistische Herrschaft, nicht als konkurrierende Gegensätze verstanden werden. Auch die Erinnerung an die Kolonialverbrechen müsste nicht in Konkurrenz zur Erinnerung an den Holocaust geraten. Beide Verbrechen sind in unterschiedlicher Weise mit der Geschichte des Kapitalismus verbunden: zum einen mit der Unterwerfung anderer Länder und der Vernichtung anderer Völker und Kulturen im Rahmen kapitalistischer Expansion und ihrer postkolonialen Folgen; zum anderen mit

Vernichtung der Juden als Selbstzweck, begleitet von einem Erlösungsantisemitismus, der sich aus illusionären Imaginationen speist, durch die Vernichtung der Juden könne die kapitalistische auf ehrlicher Arbeit gegründete Welt gerettet werden. In letzterem wäre die Singularität des Holocaust inhaltlich zu verorten, was aber keine Exklusivität der Erinnerung bedeutet, sondern

sich mit dem Impuls verbindet, gegen alle Vernichtung des Lebens anzugehen.

Israel kann verstanden werden als Rettungsprojekt angesichts des auf die Vernichtung aller Juden zielenden eliminatorischen Antisemitismus und zugleich als kapitalistischer Staat, der wie andere kapitalistische Staaten den Prozessen ausgesetzt ist, die mit dem Zerfall des Kapitalismus einhergehen. Entsprechende Tendenzen zeigen sich auch in Israel: Autoritarismus und Ausgrenzung, Abbau demokratischer Rechte und Institutionen etc. Die Regierung Netanjahu leitet aus der Notwendigkeit der Verteidigung Israels gegen die Vernichtung des Staates wie die Vernichtung aller Juden ohne Vermittlung mit konkret bestimmbar und zu verantwortenden Zielen und Strategien sowie der Reflexion der Folgen abstrakt das Recht zur Eroberung des Gazastreifens und der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung ab. Dem ist – wie es auch in Israel geschieht – zu widersprechen, ohne Israel an den Pranger zu stellen, das Agieren der Hamas zu ignorieren und ohne den globalen kapitalistischen Krisenzusammenhang samt der Eskalation des Antisemitismus auszublenden.

Guatemala - der lange „Ritorno“

Martin F. Herndlhofer

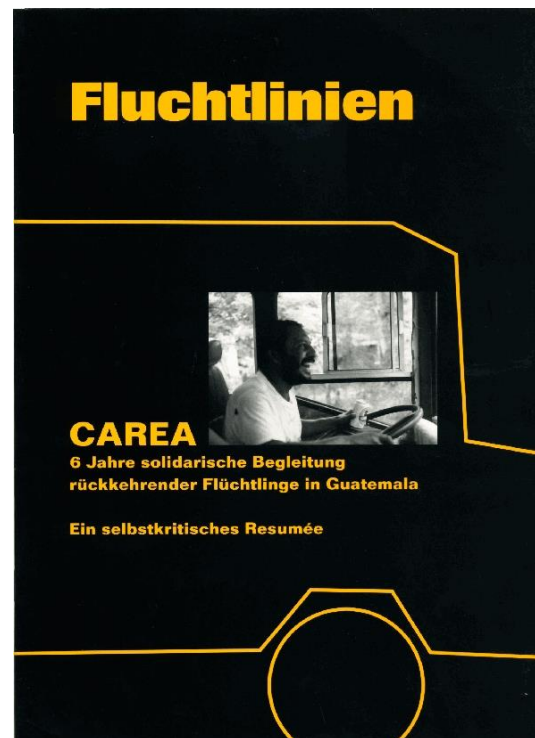
...lange her?

Es scheint schon so lange her zu sein. Ist es aber nicht. Und sie findet sich in der Gegenwart wieder - diese nicht ganz kurze Geschichte internationaler Solidarität.

Wir haben Mittwoch, den 2. September 1992. Ich erwache in einer Hängematte, die an zwei Dachbalken einer Hütte festgemacht ist; die Wände aus armdicken Stämmen, die Zwischenräume ebenso breit, bei 90% Luftfeuchtigkeit und großer Tageshitze eine Notwendigkeit. Ich befinde mich im Flüchtlingslager Maya Balam, mitten in der Wildnis von Yukatan, der Halbinsel im Südosten Mexikos. Es ist 3.00 Uhr morgens, und ich wurde geweckt von einem simplen Reisewecker. Wenn die Hähne im Dorf wie am Vortag ihr Konzert beginnen, werden wir das Lager bereits verlassen haben.

Als wir am Morgen dieses 2. September aufwachen, haben wir bereits mehrere Gespräche und ein Mammutprogramm in drei Lagern hinter uns. Gefrühstückt wird, was im Raum ist: Ein bis zwei Becher Wasser, der Rest einer Tortilla, ein Stück einer überreifen Papaya. Mit einem alten, klapprigen Bus geht es auf holprigen Wegen durch die Wildnis, anschließend über asphaltierte Straßen in die Provinzhauptstadt Chiapas. Dort ein Gespräch mit dem Vertreter der mexikanischen staatlichen Flüchtlingsbehörde.

Zusammen mit Vertretern anderer kirchlicher und nichtkirchlicher Organisationen, einem freien Journalisten und einem Kamerateam befinde ich mich hier an einem Ort, der zugleich Endstation einer Flucht, vorläufige Heimat und Ort des Aufbruchs für tausende von Menschen aus Guatemala geworden ist.



Terror und Vertreibung

Nachdem das Militär in Guatemala im Oktober 1981 eine Aufstandsbekämpfungs-Kampagne brutalsten Ausmaßes begonnen hatte - 440 Dörfer im guatemalteckischen Hochland sind dem Erdboden gleichgemacht worden, mehr als 250.000 Guatemaltekinnen, meistens indianische Campesinos, ins Ausland geflohen, sehr viele nach Mexiko -, wächst jetzt unter den Flüchtlingen der Wunsch, in ihre alte Heimat zurückzukehren. Unsere Delegation ist dabei, sich über die Lage und die Forderungen der Flüchtlinge zu informieren, Pläne der Regierung Guatemalas bzw. von Kirchen, Nichtregierungs- und Volksorganisationen kennenzulernen, um zuhause Lobbyarbeit und eine Begleitkette für die Rückkehr – einem Ritorno - zu organisieren.

Eineinhalb Wochen später, Ort: Guatemala-Stadt. Wir sitzen im Büro des Heeressprechers, Kapitän zur See Yon Rivera, neben dem Regierungspalast. An der Wand eine Urkunde unter Glas zur Erinnerung an eine Kommandeursausbildung 1989 - 1990 in einem US-Marinestützpunkt, zusammen mit ca. 20 anderen Marineoffizieren unterschiedlicher Nationalitäten. Der Hauptmann empfängt uns in Kampfuniform, entschuldigt sich

dafür, er käme eben aus dem Hochland.

Die Naval Station Norfolk ist ein Stützpunkt der United States Navy in Norfolk, Virginia. Sie liegt auf der Halbinsel Sewell's Point an Hampton Roads und ist die größte Marinebasis der Welt. Heute ist die Basis permanenter Heimathafen für fünf Flugzeugträger, über 30 andere Kriegsschiffe, neun Schiffe für amphibische Kriegsführung und acht U-Boote.

In der Hochlandregion sollen auch die Flüchtlinge wieder angesiedelt werden. Es ist Konfliktgebiet, damals wie heute Ziel der Aufstandsbekämpfung des Militärs durch Terror, offenen Krieg und Bombardierung der Widerstandsdörfer, Auf- und Ausbau von Militärstützpunkten, Unterhaltung von sogenannten zivilen Verteidigungskomitees zur Kontrolle der Bevölkerung.

65% der Bevölkerung Guatemalas sind Indigenas, sie stellen den größten Prozentsatz der Flüchtlinge. Das Hauptproblem bei ihrer Rückkehr ist die Landfrage und die Militarisierung. Ihr ursprüngliches Land wurde von der Regierung mit neuen Siedlern besetzt, anderes Land ist in den Händen von Großgrundbesitzern oder von Militärs selbst. Die Lösung des Flüchtlingsproblems wird vom guatemaltekischen Militär als Bestandteil der Aufstandsbekämpfung angesehen. "Wir befürchten die Strategie des Militärs, Reserven, ja Ablehnung bei der Bevölkerung gegen die Flüchtlinge hervorzurufen. Ihre Strategie wird indirekt sein", sagen uns Vertreter der evangelischen Kirche. Der Heeressprecher selbst besteht auf eine "spezifisch guatemaltekische Lösung". Und so klingen auch seine folgenden Worte weniger besorgt, sondern eher wie eine Drohung: "Es muss vermieden werden, dass es Auseinandersetzungen zwischen Flüchtlingen und neuen Siedlern gibt. Wer dann einschreiten muss, das sind wir, um die Ordnung wieder herzustellen".

Eine Geschichte der Räuberei

Die Menschen, vor allem die Indigenas, haben vier Arten von Räubern kennengelernt, die über die Armen herfallen:

- Den Rassismus der Weißen gegen die Farbigen
- Die Klassenunterdrückung der Armen durch die Besitzenden (wozu auch die Volker der ersten Welt zahlen, die die Kaffeepreise machen)
- Den Sexismus des gewaltbereiten Geschlechts und seine Kultur des Todes
- Und der Militarismus, der diese Kultur erzwingt und absichert

Militarismus und Gewalt - das bedeutet auch Todesschwadronen - Trupps aus dem Militär oder zivile Banden, die gezielt Gewerkschafter, Mitglieder aus Menschenrechtsorganisationen, Priester usw. einschüchtern, verschleppen, foltern, ermorden.

"Die Flüchtlinge kehren in ein krisengeschütteltes Land zurück", sagte uns Bischof Aguila, Guatemala, Vorsitzender der Vermittlungsinstanz zwischen der Regierung Guatemalas und den Flüchtlingen. "Es gibt eine "ökonomische Krise, eine Krise der Gewalt, der Straffreiheit, der Arbeitslosigkeit, des Bodens!"

... und doch so nah

In der Presse Mexikos und Guatemalas lasen wir in diesen Tagen die Meldungen über Flüchtlinge in Deutschland, über Rostock-Lichtenhagen und folgende, "Todesschwadronen" in Alemania, bloß unter dem Beifall der Bevölkerung, und wir fragten uns nach der Ankunft, ob wir nicht auf der falschen Veranstaltung waren oder in eine „ähnliche“ zurückgekehrt sind.

Die Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen zwischen dem 22. und 26. August 1992 gegen die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAst) und ein Wohnheim für ehemalige Vertragsarbeiter im sogenannten Sonnenblumenhaus waren die massivsten rassistisch sowie fremdenfeindlich motivierten Angriffe in Deutschland nach Ende des Zweiten Weltkrieges.



Zurück nach Yukatan

Die Vereinten Nationen haben dieses Jahr 1993 zum "Jahr der Rechte der Eingeborenenvölker" erklärt. Dazu Rigoberta Menschu, seit 1992 Trägerin des Friedensnobelpreises: "Es ist unser erstes Jahr in den vergangenen 500 Jahren. Es ist dem Kampf von vielen Brüdern und Schwestern ohne Titel, ohne Namen und ohne Kenntnis der internationalen Abkommen und Absprachen zu verdanken, die mit unglaublicher Geduld die Korridore auf- und abgelaufen sind und um ein paar Minuten Zeit gebeten haben. Vor allem ihnen ist es zu verdanken, dass dieses Jahr unser Jahr sein wird. Darüber hinaus hat die Aufmerksamkeit dazu geführt, die kulturelle Vielfalt in Amerika zu begreifen."

Ist es vorstellbar, dass die Weißen, die Reichen und die Wissenden einmal lernen werden, zuzuhören, auf die Stimme der anderen zu achten? Die Armen sind die Lehrer, ist ein Grundsatz der Theologie der Befreiung, den wir

alle dringend brauchen.

"Die Opfer haben ein langes Gedächtnis, denn die Spur des Leidens ist tief eingegraben. Die Täter haben ein kurzes Gedächtnis, sie wissen nicht und wollen nicht wissen, was sie getan haben. Darum sind die Täter auf die Opfer angewiesen, wenn sie zur Umkehr aus dem Tod in Leben kommen wollen. Man bietet seinen Opfern keine Versöhnung an, aber man kann in einer Aktion der Sühne mitarbeiten, um seine Selbstachtung wiederzufinden." (Jürgen Moltmann)

Guatemala

Das Land ist gelegen zwischen Mexiko, Belize (ehem. Britisch Honduras), El Salvador und Honduras, ist etwa halb so groß wie die Bundesrepublik, hat aber nur 9 Millionen Einwohner. Mit Bolivien ist es das Land in Lateinamerika mit mehrheitlich indigener Bevölkerung.

Ende des 19. Jahrhunderts wurde mit dem Aufbau von Kaffee- und Bananenproduktion die Grundlage für die spätere wirtschaftliche Entwicklung gelegt, bis dahin blieb die Vorherrschaft von Großgrundbesitzern und der United Fruit Company erhalten.

Ab 1945 gab es substantielle Reformen, die 1954 durch einen Militärputsch mit Hilfe der CIA beendet wurden.

1954 - 1986 regierte faktisch ein Machtkartell aus Militär und Agraroligarchie, teils hinter demokratischer Fassade, teils mit offenem Terror. Die demokratisch gewählten Regierungen seit 1986 haben gegenüber den alten Machtgruppen nur begrenzten Handlungsspielraum.

Der Ritorno – die Rückkehr

Ca. tausend Familien, das sind ungefähr 5.000 Personen, stehen für eine erste kollektive und organisierte Rückkehr aus den Lagern in ihre Heimat nach Guatemala fest. Andere wollen abwarten. Der wirtschaftliche Druck ist groß. Zwar gehen Gelder des UNHCR nach Mexiko zur Unterhaltung der Flüchtlingslager, doch "wurde viel Geld für Dummheiten, Bürokratie und Korruption ausgegeben", sagt uns der

Generalvikar der Diözese St. Cristobal.

Zwei Wochen später schreiben die Bischöfe Guatemalas in einem Hirtenwort: "Auch wenn die Kirche stets dem Evangelium treu bleiben wollte, gestehen wir aus unserem Glauben ein, dass es Irrtümer und Widersprüche gab, deren Folgen die

indigenen Gemeinschaften zu erleiden hatten. Wir als die heute verantwortlichen Hirten der Kirche bitten sie um Vergebung..."

Viel, viel später hat es dann Franziskus gewagt, das der katholischen (und sonstigen) Welt weiter begreiflich zu machen.



Abschiebung und Rückkehr - eine andere Art der internationalen Solidarität

Martin F. Herndlhofer

Manchmal hat man den Eindruck, die Gesellschaften/Staaten der „westlichen Werte“ schlagen Purzelbäume in der sich überschlagenden Wertewelt.

Unter dem Titel „Mein Leitfaden zur Rückkehr“ hat die EU-Grenzschutzagentur Frontex im Jahr 2023 eine Broschüre veröffentlicht, die Kinder und Jugendliche auf ihre Abschiebung vorbereiten soll. In illustrierter Ratgeberform.

„Möglicherweise wurde Dir gesagt, dass Du umziehen und im Heimatland Deiner Familie leben musst“.

„Für Dich und Deine Familie ist es im Moment nicht möglich, in diesem Land zu bleiben und hier zu leben. Auch wenn Du lieber hierbleiben möchtest, geht das im Moment leider nicht. Das bedeutet, dass Du in das Heimatland Deiner Familie zurückkehren musst. Das ist für Dich eine große Veränderung. Möglicherweise erinnerst Du Dich nicht mehr an das Heimatland Deiner Familie. Vielleicht bist Du traurig darüber, dass Du Deine Freunde oder die Schule verlassen musst. [...] Oder vielleicht freust Du Dich darauf, im Heimatland Deiner Familie Freunde und Familienangehörige zu treffen, und bist gespannt auf diese große Veränderung.“

„Je mehr Du darüber weißt, desto besser bist Du auf diese große Veränderung in Deinem Leben vorbereitet.“

„Bevor Du mit Deiner Familie in Dein Heimatland zurückkehrst, bleibst Du möglicherweise zusammen mit anderen Familien, die auf ihre Abreise warten, in einer Einrichtung.

Möglicherweise darfst Du die Einrichtung verlassen, vielleicht aber auch nicht.“

Am Flughafen: „Möglicherweise warten Begleitpersonen zusammen mit Deiner Familie. Du kannst ihnen Fragen stellen. Wenn Du etwas brauchst, können sie Dir vielleicht helfen.“

„Wenn Du im Heimatland Deiner Familie ankommst, steigt Deine Familie zusammen aus dem Flugzeug.“

„Niemand weiß, was die Zukunft bringt, aber eines ist sicher: Du selbst gestaltest Deine Zukunft.“

<https://netzpolitik.org/2025/frontex-kinderbuch-oh-wie-schoen-ist-abschiebung/>

REZENSIONEN

Kirchensteuer: Relikt aus vergangenen Zeiten



Es ist bequem. Das Geld fließt, der Staat übernimmt den Kirchensteuereinzug, lässt sich dafür bezahlen und die Kirchen können sich zurücklehnen. Wenn die Konjunktur läuft, steigen die Einnahmen, auch wenn Hunderttausende den Kirchen den Rücken kehren. Diese Art der Finanzierung der Kirchen ist weltweit einzigartig. Sie ist ein

Überbleibsel aus längst vergangenen Zeiten des Staatskirchentums. Deshalb gehört sie abgeschafft, nicht zwar nur aus pragmatischen Gründen, weil die Kirchen an Mitglieder verlieren, sondern auch aus theologischen.

Was aber wäre die Alternative? Zahlreiche Länder wie Italien, Spanien oder Ungarn haben eine sog. Kultursteuer eingeführt. Auch wenn sie im Detail unterschiedlich ausgestaltet ist, so ist ihr Grundprinzip gleich: Die Kultursteuer ist Teil der Einkommenssteuer. Jeder Steuerpflichtige kann den Empfänger der Kultursteuer auswählen. In Italien sind es zwölf Religionsgemeinschaften. Die Kirchenrechtlerin Anna Ott legt in ihrer Dissertation erstmal eine Studie vor, die untersucht, ob die Kultursteuer eine mögliche Alternative für die Kirchensteuer in Deutschland sein könnte. Sie sieht erhebliche rechtliche, fiskalische und monetäre Gründe, die eine Übertragung unmöglich machen. Deshalb bietet sie als sanfte Lösung an: Die Verschiebung des Schwerpunkts von der Kirchensteuerfinanzierung hin zu einer breiter aufgestellten Mischfinanzierung durch neue Quellen. Doch die Kultursteuer lehnt sie als Alternative ab.

Ott argumentiert kirchenzentriert, und zudem nur auf die katholische Kirche bezogen. Was die finanzielle Privilegierung der christlichen Kirchen für die anderen Religionsgemeinschaften wie dem Islam und für eine säkulare Gesellschaft bedeutet, hat Ott nicht im Blick. Ihr fehlt die klare Konsequenz aus der verfassungsrechtlichen Vorgabe, dass der Staat in einer religionspluralen und säkularen Gesellschaft weltanschaulich neutral sein muss. Religionen sind unter dieser Perspektive für den Staat nur förderungswürdig, wenn sie Teil der demokratischen Kultur und Zivilgesellschaft sind. Die Teilzweckbestimmung der Einkommenssteuer im Rahmen der Kultursteuer wird jedoch genau diesem Anspruch gerecht. Der Vatikan befürwortet die Kultursteuer und die Kirchen in Italien sind mit ihr sehr zufrieden.

Für Dietrich Bonhoeffer war klar, dass eine verordnete „Eintreibung (der Kirchensteuer) durch

den Staat ... unzweifelhaft ein Missstand“ ist. Doch auch linke Theolog*innen unterschätzen weithin die theologische und politische Problematik einer staatsgestützten Kirchenfinanzierung, die die Kirchen in eine «babylonische Gefangenschaft der Kirche» (Huber) bringt. Der katholische Kirchenrechtler Knut Wolf nennt es «eine Frage menschlicher Anständigkeit», dass die Kirchen von der Kirchensteuer Abschied nehmen. Der bedeutende katholische Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning hat schon 1970 den Kirchen geraten, auf Sonderrechte und Privilegien zu verzichten. Sie solle Vorkehrung für eine Umstellung treffen, „und den Verzicht auf die Kirchensteuer zu einer Zeit vollziehen, da er noch freiwillig ist und als solcher gewürdigt wird.« Hinter dieser Entschiedenheit bleibt Ott leider weit zurück. Sie zitiert sie nicht einmal.

Ott gibt dem Kirchensteuersystem nur noch zehn Jahre. Wie lange es die Kirchensteuern noch geben wird, ist ungewiss. Gewiss aber ist, dass sie rasant an gesellschaftlicher Legitimation verliert. Deshalb müssen schon jetzt Alternativmodelle vorgedacht und erarbeitet werden. Das Religionsfinanzierungsmodell, das ich für die Rosa-Luxemburg-Stiftung erarbeitet habe, will wie die Dietrich-Bonhoeffer-Stiftung auch eine Alternative für eine Religionsfinanzierung in einer religionspluralen und säkularen Gesellschaft formulieren,

Zur Kirchenfinanzierung: Anna Ott, Kultursteuern statt Kirchensteuer? Die deutsche Kirchenfinanzierung auf dem Prüfstand, Freiburg 2024.

micha.links 2/ 2020, abrufbar unter:
https://www.die-linke.de/fileadmin/1_Partei/zusammenschl%C3%B9Csse/bag_linke_christen/micha.links/2020_2_michael.links_geld_und_kirche_rel_2.pdf

Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung: Franz Segbers, Neuausrichtung der Finanzierung von Religionsgemeinschaften im säkularen Staat,

abrufbar unter:

https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_11-20_Neuausrichtung.pdf

Franz Segbers



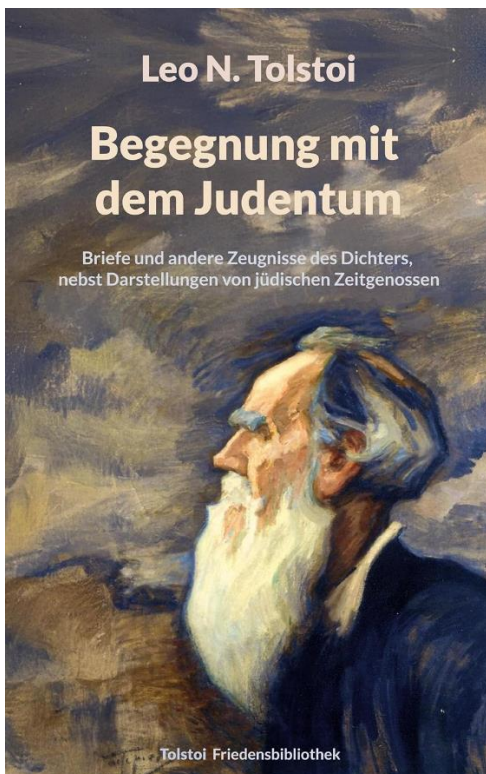
EIN NEUES WERK IN DER TOLSTOI-
FRIEDENSBIBLIOTHEK | SOMMER 2025

Leo N. Tolstoi: Begegnung mit dem Judentum.

Briefe und andere Zeugnisse des Dichters, nebst
Darstellungen von jüdischen Zeitgenossen.
Ausgewählt und eingeleitet von Peter Bürger. (=
Tolstoi-Friedensbibliothek: Reihe B, Band 13).
Hamburg: BoD 2025.

Hardcover-Version | ISBN: 978-3-8192-3389-0 (660
Seiten; 34 Euro; fester Einband;
[https://buchshop.bod.de/begegnung-mit-dem-
judentum-leo-n-tolstoi-9783819233890](https://buchshop.bod.de/begegnung-mit-dem-judentum-leo-n-tolstoi-9783819233890))

Paperback-Ausgabe | ISBN: 978-3-8192-2387-7
(660 Seiten; 24,99 Euro;
[https://buchshop.bod.de/begegnung-mit-dem-
judentum-leo-n-tolstoi-9783819223877](https://buchshop.bod.de/begegnung-mit-dem-judentum-leo-n-tolstoi-9783819223877))



War der russische Schriftsteller Leo N. Tolstoi
(1828-1910) ein antijudaistischer Christ („Das alte
Testament lese ich nicht“) oder ein Freund der
Juden („Meine Haltung zu den Juden kann nicht

anders sein als die zu meinen Brüdern“)? Über
seine "jüdischen Fragen" wird heftig gestritten.
Einige Eiferer unterstellen dem weltweit verehrten
Botschafter des Friedens, zu dessen
Anhängerschaft sehr viele Frauen und Männer mit
,jüdischem Hintergrund‘ gehörten, sogar
Antisemitismus.

Gerechtigkeit, Frieden, (Über)Leben

In der deutschsprachigen Literatur gibt es bislang
neben einem trefflichen Aufsatz des Mainzer
Slawisten Rainer Goldt (2014) keine
weiterführenden Veröffentlichungen zum Thema.
Der vorliegende Band der Tolstoi-
Friedensbibliothek, eingeleitet mit einem
umfangreichen Forschungsbeitrag des
Herausgebers, sorgt für Abhilfe. Die Leserinnen
und Leser werden nicht bevormundet. Sie können
sich anhand der breit angelegten Edition von
Erfahrungen, Kämpfe und Visionen in der
weltweiten Ökumene sowie Quellen, die
unterschiedlichen Lebensphasen und
Textgattungen entstammen, ein eigenes Bild
verschaffen: In der ersten Abteilung werden
"Zeugnisse aus Tolstois Werken und Briefen"
dargeboten sowie "dokumentarische Darstellungen
seiner Haltung zum Judentum" aus der
Schreibwerkstatt von vier Zeitgenossen (Raphael
Löwenfeld, Isaak B. Feinerman, Faiwel Goetz,
Alexander Goldenweiser). Es folgen fünfzehn
"Texte über Tolstoi von deutschsprachigen Autoren
aus jüdischen Familien" (Rezeption,
wertschätzende Würdigung und Kritik 1904-1918,
1928). Den Abschluss bilden eindrucksvolle
Stellungnahmen von Herman Bernstein (1908),
Scholem Alejchem (1911) und Rabbiner Joseph
Krauskopf (1911).
Der Vorzug einer gründlichen Quellenlektüre
besteht darin, dass Zwiespältigkeiten und
Widersprüche nicht einfach übergangen werden
können. Die Sammlung "Begegnung mit dem
Judentum" erschließt erstmalig eine solide
Grundlage zur Überprüfung kontroverser
Forschungsthesen. Es ergeht die Einladung zum

streitbaren, aber sachgerechten Diskurs. Die Eingangsfrage muss gar nicht zwingend im Sinne eines "Entweder ... oder" beantwortet werden.

Tolstoi-Friedensbibliothek Reihe B, Band 13 (Band-Signatur TFb_B013), Hardcover-Version. Ausgewählt & eingeleitet von Peter Bürger.

Ergänzender Quellenband:

Antisemitismus, Pogrome und Judenfreunde im russischen Zarenreich. Quellentexte und Forschungen aus den Jahren 1877-1927. Ausgewählt und neu ediert von Peter Bürger. (Tolstoi-Friedensbibliothek: Reihe D, Band 2). Norderstedt 2024. (ISBN: 978-3-7578-8094-1; 532 Seiten; 21 €)
<https://buchshop.bod.de/antisemitismus-pogrome-und-judenfreunde-im-russischen-zarenreich-9783757880941>

Ulrich Duchrow

Gerechtigkeit, Frieden, (Über)Leben

Erfahrungen, Kämpfe, Visionen in der weltweiten Ökumene

VSA: Verlag Hamburg 2025, 240 Seiten | EUR 19.80
ISBN 978-3-96488-240-0

Mit diesem Buch zu seinem 90. Geburtstag hat der Heidelberger Ökumeniker und Sozialethiker Ulrich Duchrow allen, die für eine besserem gerechter Welt kämpfen, ein Geschenk gemacht. Seine Theologenleben ist zutiefst verwoben mit den dringenden Überlebensfragen der Menschheit. So stellt er die hartnäckige Frage: Wie werden zukünftige Generationen noch leben können und was können wir dafür tun? Das war und ist über mehrere Jahrzehnte die zentrale Frage der weltweiten Kirche auf allen Ebenen, besonders im Rahmen des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK), der Lutherischen und Reformierten Weltbünde (LWB und RWB).



Um den ÖRK ist es ruhiger geworden. Leider ist er nicht mehr die Kraft, die er einmal war.

Es ist bitter, aber nüchtern realistisch, wenn Duchrow im Vorwort schreibt: „Unsere Generation hinterlässt ihren Kindern und Enkelkindern eine Welt, in der deren Überlebensbedingungen nicht mehr sicher gewährleistet sind.“ Es wiederholt sich die Anfrage, die wir unseren Eltern oder Großeltern zum NS-Regime gestellt haben: Wie konnte das geschehen? Jetzt wird unserer Generation diese Frage erneut gestellt, und zwar grundsätzlicher und dringlicher. Denn das Überleben des ganzen Planeten und der menschlichen Zivilisation steht auf dem Spiel.

Ulrich Duchrow ist ein unermüdlicher Rufer in der Wüste. Er ist das herrschende kapitalistische Weltwirtschaftssystem, das mit Sicherheit die Auslöschung des ganzen Menschengeschlechts zur Folge hat – wenn es nicht gelingt gegenzusteuern und ein System abzuschaffen, das die Erde systematisch zerstört.

Duchrows Fragen muss sich jeder stellen, der für eine bessere Welt kämpft:

Was haben wir erreicht? Wo sind wir gescheitert? Was waren die Gründe für das eine und das andere? Müssen wir unsere Strategie ändern und wenn ja, wie? Wie können wir die Chancen für menschliches Überleben verbessern?

Sein Buch ist eine Zeitreise zu den Anfängen der globalen Ökumene sowie eine fundierte Analyse der weltweiten Zustände, die zu den Forderungen von heute und für die Zukunft geführt haben. Es ist zugleich eine sehr persönliche Zeitreise, denn Ulrich Duchrows Lebensweg war zutiefst verbunden mit dem Ringen der Ökumene um eine lebenswerte Zukunft.

Ulrich Duchrows Geburtstagsgeschenk an uns vermittelt einen Überblick über die Ökumene des letzten halben Jahrhunderts. Wovor sie gewarnt hat, ist eingetreten. Mit Luther sollten wir im Angesicht der Apokalypse einen Apfelbaum pflanzen. Es gibt Hoffnung und sie liegt in sozialen Bewegungen wie Fridays for Future und ihrer Vernetzung mit anderen progressiven Gruppen, um die Fragen der Gerechtigkeit, der Ökologie und von Krieg, Rüstung und Frieden gemeinsam anzugehen. Danke für diese Ermutigung mit diesem Buch. Es ist ein Auftrag, es in unseren Kämpfen weiterzuschreiben.

Franz Segbers

Buch-Veröffentlichung: „Gesellschaftskritik und Theologie“

Koblenz/Bielefeld, 21.08.2025.

Die nicht enden wollenden Leiden von Menschen und die Zerstörung der Natur unter den gesellschaftlichen Verhältnissen des globalen Kapitalismus sollten Glauben und Theologie zu denken geben. Ausgangspunkt dafür wäre Empfindsamkeit gegenüber Leid und Zerstörung im zeitlichen Kontext. Entsprechend steht eine leid- und zeitempfindliche Theologie im Zentrum der neuen Buchveröffentlichung des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar. Statt die autoritärer und repressiver

werdenden Herrschaftszusammenhänge achselzuckend hinzunehmen, für alternativlos zu erklären oder sogar religiös aufzuladen, wäre die Unterscheidung von Gott und Götzen angesagt: Erst eine an die Wurzel gehende Kritik der kapitalistischen Weltgesellschaft kann Wege einer Transzendierung bahnen, d.h. eines Überschreitens eines ‚Immer weiter so‘ im Rahmen eines verschlossenen Pragmatismus.

Für Transzendenz über die geschlossene Immanenz des Kapitalismus und die Geschichte als ganze hinaus steht nicht weniger als der Name Gottes. Mit ihm verbindet sich die Erinnerung daran, dass er Israel aus der Knechtschaft Ägyptens befreit und versprochen hat, auch weiterhin mit seinem Volk Wege der Befreiung zu gehen. Christ*innen vertrauen darauf, dass er seinen Messias Jesus gegen das Unrecht des Römischen Reiches, in dem er zum qualvollen Tode am Kreuz verurteilt wurde, auferweckt hat. Seine Auferstehung steht für das Aufstehen gegen Unrecht und Gewalt und geht einher mit der Hoffnung auf das Ende des Leidens und der Trauer in einem „neuen Himmel und einer neuen Erde“ (Jes 65,17; Offb 21,1) am Ende der Zeit.

Götzenkritik mit Zeitindex, die heute mit der Kritik des kapitalistischen Ganzen in seiner Krise verbunden sein muss, ist Voraussetzung für die Suche nach Wegen der Befreiung aus der Abgeschlossenheit eines ‚Weiter-so‘ von Herrschaft und Unterwerfung. In diesem Buch, das zehn Texte des Netz-Referenten Dominic Kloos beinhaltet, wird dieser götzenkritische Ansatz verfolgt und auf verschiedene theologische Disziplinen und Themen bezogen: Nahostkonflikt und Antisemitismus im Zusammenhang mit einer „Theologie nach Auschwitz“ (J.B. Metz), die Qualität der Liturgie im Zusammenhang mit der Frage nach dem Frauenpriesteramt, kirchenrechtliche Fragestellungen zum Thema Pfarrei und Pfarrer, die Bedeutung einer kritisch-solidarischen Diakonie für die Pastoral, kirchengeschichtliche Themen aus dem Altertum (Wüstenvater Antonius und Nizäa) und der Neuzeit (der

heilige Josef und die Bedeutung der Arbeit), kontextuelle Exegese und die biblische Bedeutung der Götzenkritik sowie die Frage nach dem Sterben in der heutigen Zeit aus religionswissenschaftlicher Perspektive.



Die im Rahmen eines berufsbegleitenden Studiums der kath. Theologie an der Vinzenz Pallotti University in Vallendar entstandenen Texte, die heute am Gedenktag des seligen Franz Reinisch erscheinen – Pallottiner und als entschiedener Gegner Nazi-Deutschlands 1942 hingerichtet –, stellen einen Versuch dar, das subversive Gottesgedächtnis und die Erinnerung an den Messias Jesus mit zentralen Einsichten kritischer Gesellschaftstheorie, konkret der Kritik von Wert und Abspaltung, zu vermitteln.

Das Buch umfasst 212 Seiten und ist für 18,30 EUR im Buchhandel oder direkt beim AJZ-Verlag (www.ajzverlag.de/ajzdruck@t-online.de) erhältlich – 30% des Verkaufspreises gehen an das Ökumenische Netz Rhein-Mosel-Saar.

Impressum: micha.links

Herausgeber:

Bundesarbeitsgemeinschaft LINKE Christ*innen;
Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. (BRSD),
Christinnen für den Sozialismus / Christen für den Sozialismus, Ökumenisches Netz Netz Rhein-
Mosel-Saar.

Verlagsort: Berlin

ISSN 2750-5405

Verantwortl. Redakteure für micha.links 1 / 2025: Martin F. Herndlhofer

Redaktionsteam: Tobias Foß, Martin F. Herndlhofer, Julia Lis, Helge Meves, Jürgen Klute, Christoph
Rinneberg, Franz Segbers, Reinhard Heinrich

Kontakt: Franz Segbers, mail@franz-segbers.de

Layout: Helge Meves

Bildquelle: Martin Herndlhofer, © Pixabay

Internet: eingestellt unter der Webadresse: [https://www.die-
linke.de/partei/parteidemokratie/weitere-zusammenschluesse/bag-linke-christinnen/michalinks/](https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/weitere-zusammenschluesse/bag-linke-christinnen/michalinks/)

Nächste Ausgabe: Sozialstaat in der Krise, Dezember 2025

Erscheinungsweise: 3-mal jährlich

Vertrieb und kostenfreier Bezug: bag.linkechristinnen@die-linke.de

micha.links darf gerne an andere Menschen weitergeleitet werden!